

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech-Jahn Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Kunstreuepreis:**  
Die einseitige Zeitzeile ab deren Raum 1, Zeile 25.-A innerhalb derselben 40.-A einschließlich Inseratentener. Kollektionszigen 100 Pro. Zuschlag. Chiffre u. Kautionsleistung 20 Pf. Name-Zeile 100 A.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Abbruches hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.  
**Rechnungsnummer Nr. 4.**  
Für telefonische Aufträge wird Feinerei gewährt übernommen.

### Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg 4.50. Durch die Post im Orts- und Ortsamtsbezirk, sowie im sonstigen inländischen Bezirke 4.60 mit Postzuschlag.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen in Neuenbürg ab, wozu die Kundzettel jederzeit entgegen.

Rechnungsnummer Nr. 24 bei der C. Nech-Jahn Buchdruckerei Neuenbürg.

Nr. 18.

Neuenbürg, Dienstag, den 23. Januar 1923.

81. Jahrgang.

### Deutschland.

**Stuttgart, 20. Jan.** Der sozialdemokratische Verein Juchens bei Göttingen teilt mit, daß in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen wurde, sich der kommunistischen Partei anzuschließen. — Der neutrale Arbeiterverein Plattenhardt hat mit allen gegen eine Stimme den Beschluß gefaßt, zur kommunistischen Partei überzutreten.

**Essen, 21. Jan.** Gestern nachmittag erschienen noch einmal an einigen staatlichen Jochen französische Ingenieure, die mit den Kohlenexpedienten und den Arbeitern in Fühlung zu kommen sich bemühten. Es wurde dabei der vergebliche Versuch gemacht, die Arbeiter und die Angestellten durch Versprechungen von Gewinnteilnahme und Beförderung zu gewinnen. Die Arbeitererschaft der Staatsjochen ist ebenso wie die der Privatjochen zu einmütigen Widerstand entschlossen. Heute mittag fanden auf fast allen Jochen Beratungen der Betriebsräte über die weitere Entwicklung der Lage statt. Gegen die Verhaftung des Oberpostdirektors Jünger und des Oberamtsrats Jahn wurde seitens der Postbeamten sofort energischer Protest bei den französischen Behörden eingeleitet. Ferner wurde dagegen protestiert, daß die Amtsräume von den französischen Truppen besetzt worden sind. Auf diesen Protest hin wurden die beiden Postbeamten, die bereits nach Düsseldorf gebracht worden waren, heute vormittag wieder freigelassen. Sie kehrten auf ihre Posten nach Essen zurück. Die französischen Wachen wurden aus dem Postgebäude in Essen zurückgezogen.

**Essen, 21. Jan.** Die Wiederbesetzung der staatlichen Jochen durch französische Truppen hat begonnen. Die Jocher Bergwerk „Glück“ ist bereits besetzt. Kohlerei und Kohlenexpedition ist mit Beschlag belegt. Gegen die übrigen Gruppen befinden sich die Truppen im Anmarsch. Der gestern verhaftete Oberamtsrat Jünger und der verhaftete Kohlenexpedient Bork sind nach Essen geschickt worden. In Mülheim ist eine Kommission in das Kohlenkontor eingedrungen und hat die Herausgabe der Statistiken und der gesamten Bücher verlangt. Die Beamten lehnten dies ab und traten sofort in den Streik. Zur Zeit befindet sich die Kommission noch auf dem Kohlenkontor und verhandelt mit den Direktoren.

**Düsseldorf, 22. Jan.** Wie die „Berliner Montagpost“ erzählt, sind die Eisenbahner des neu besetzten Gebietes gestern in einem 24stündigen Proteststreik eingetreten. Der Personenverkehr ruht zur Zeit vollständig.

**Hannover, 22. Jan.** Wie der Arbeitsausschuß für die hannoversche Freiheitsbewegung mitteilt, ist auf Grund eines am Freitag einstimmig gefaßten Beschlusses des Direktoriums der Deutschen hannoverschen Partei folgendes Schreiben an den Reichsminister des Innern abgegangen: „Die Not des Deutschen Vaterlandes veranlaßt uns, den Herrn Reichsminister des Innern zu eruchen, von der Festsetzung des Termins der Urwahl im gegenwärtigen Augenblick Abstand nehmen zu wollen. Wir werden zu gegebener Zeit erneut an den Herrn Reichsminister des Innern herantreten.“

**Landesversammlung der Deutschen Volkspartei.**  
**Stuttgart, 21. Jan.** Die Deutsche Volkspartei Württembergs hielt am Samstag ihre Vertreterversammlung ab, auf der Abg. Wickes über die politische Lage in Ost und West und die Notwendigkeit der Steuerpolitik der Deutschen Volkspartei referierte. Die Vertreterversammlung sprach der Partei einmütig volles Vertrauen aus. Auf der Landesversammlung am Sonntag im Festsaal der Liedhalle gedachte der Abg. Wickes in seiner Einleitung der schwerbedrückten Volksgemeinschaft im Ruhrgebiet und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die unheimliche Not uns wieder zusammenführen zur Volksgemeinschaft. Stürmisch begrüßt nahm dann Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann das Wort: In dieser Zeit schwerster Krisis tritt die Landesversammlung zusammen. Der Zustand der Reichsregierung, der Berrüttung aller wirtschaftlichen Verhältnisse, der Kampf weltwirtschaftlicher Ideen gegen die Macht Frankreichs hat immer weiter um sich gegriffen. Frankreichs Macht, der keine Macht gegenübersteht, ist zur Weltmacht geworden. Wenn Deutschland die Macht in Europa hatte, war Frieden, wenn Frankreich die Macht hat, ist Krieg und Unterdrückung. Deutschland war nicht imperialistisch, es hat den Frieden erhalten. Unsere Feinde rüsten weiter, um ihre Macht zu vergrößern. Die Welt ist und eine Wiedergutmachung ist für die vielen gebrochenen Verträge. Ein Selbstverständnis der Völker gibt es nicht und der Völkerbund ist nichts gegen die Machtpolitik Frankreichs und Polens. Diese Politik hat aber die wirtschaftlichen Interessen gestiftet und der Friedensvertrag bringt Chaos über die ganze Welt. Es leiden die Völker, es leiden die Sieger. Deshalb verlangten die Völker aller Länder, daß der Versailles Vertrag aufgegeben werde. Aber in Frankreich entschied der machtpolitische Schein, weil es kein Volk von der eigenen innerpolitischen Not ablenken will. Das Kabinett Cuno ging davon aus, daß wir den Krieg verloren haben und innerhalb unserer Leistungsfähigkeit erfüllen müssen. Das jetzige Kabinett ist ein Kabinett ohne Politik. Die Wirtschaft steht hinter der Regierung und wird bereit, zu erfüllen. Aber Frankreich lehnte die deutschen Vorschläge ab, weil es den Einmarsch ins Ruhrgebiet wollte. Frankreich will den Rhein. Da gilt und gilt es, den ganzen moralischen Widerstand des deutschen Volkes aufzubieten.

(Beifall.) Und in Westfalen siegte das nationale Gewissen über den Profitgeist. Man sah ein, daß es noch Schöneres gibt als den Dollarkurs (Stürmischer Beifall.) Wir erleben in Deutschland die erste Stunde der Erhebung und zum erstenmal denkt die Welt anders über uns. Es geht jetzt darum, wer die besseren Kerben hat. Unsere Regierung gibt nicht nach. (Stürmischer Beifall.) Ehre den Männern, die sich lieber einsperren lassen als gegen ihr deutsches Gewissen zu handeln. Leider will der Parteigeist auch diese einzige Erhebung unterdrücken. Aber jetzt geht es um den Bestand des Reiches, man muß jetzt auch in der Preispolitik staatswirtschaftlich denken, nicht privatwirtschaftlich. Wenn man versucht, die deutsche Einigkeit zu zerreißen, müssen Süd und Nord und Ost und West einig sein. (Beifall.) Alle Gegensätze haben zurückzutreten vor der gemeinschaftlichen Not. Wir müssen alle Volksgenossen heranziehen zur gemeinschaftlichen Arbeit. Unsere Feinde können uns alles nehmen, aber nicht das freie Herz, mit dem wir an Deutschlands Zukunft glauben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Abg. Wickes dankte dem Redner und machte den Vorschlag, an die Oberbürgermeister von Essen, Dortmund und Bochum ein Telegramm zu senden mit der Devise: Daltet aus im Sturmgebirge! Zum Schluß stimmte die Versammlung begeistert ein in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles.“

**Vor dem Kriegsgericht in Mainz.**  
**Mainz, 22. Jan.** Der Verteidiger der verhafteten Jochen direktoren, Rechtsanwält Grimm, hat von der Besatzungsbehörde die Erlaubnis erhalten, die verhafteten Herren heute früh 9 Uhr sprechen zu können. Die kriegsgerichtliche Verhandlung ist auf Dienstag nachmittag 4 Uhr festgesetzt worden. Der Sohn des verhafteten Generaldirektors Wüstenhoffer hat sich nach Mainz begeben, um die dortige Besatzungsbehörde dringend zu ersuchen, seinen alten und kränklichen Vater aus der Haft zu entlassen und dafür ihn selbst inhaftieren zu wollen. Diese Nachricht wirkt umso erschütternder, als sich die verhafteten Herren nicht, wie vielfach angenommen, in Ehrenhaft, sondern im Militärgefängnis befinden.

**Begehrte Ermäßigungen.**  
**Essen, 21. Jan.** Gestern nachmittag sind noch einmal auf einigen staatlichen Jochen französische Truppen erschienen und haben vergeblich versucht, die Arbeiter und Angestellten durch Versprechungen von Gewinnteilnahme und Beförderung zu gewinnen. Die Arbeitererschaft der Staatsjochen ist ebenso wie jene der Privatjochen zu einmütigen Widerstand entschlossen. Infolge eines energischen Protestes wurden die französischen Wachen auf dem hiesigen Hauptpostgebäude zurückgezogen.

**Begehrte Huldigungen auf den Bahnhöfen für die Verhafteten.**  
**Köln, 21. Jan.** Als am Samstag nachmittag in Beuel an den Eingang Düsseldorf-Köln ein D-Wagen angehängt wurde, in dem die Franzosen unter starker militärischer Bewachung die verhafteten Direktoren der staatlichen Bergwerke und die privaten Jochenbesitzer und Industriellen fortzuführen, brachen bei der Abfahrt die auf dem Bahnsteig anwesenden Arbeiter den Verhafteten begeisterte Huldigungen dar. In Köln wurde der Zug schon von französischem Militär erwartet. Auch in Köln brach das Publikum trotz der starken militärischen Bewachung auf dem Bahnsteig ein dreifaches Hoch aus. Der Wagen wurde an den Köln-Mainzer D-Zug angehängt und weitergeleitet.

**Drohender Stillstand des Güterverkehrs im Ruhrrevier.**  
**Essen, 22. Jan.** Ueber das Verhalten der Eisenbahner im besetzten Gebiet erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Die Eisenbahner des gesamten alten und neu besetzten Gebiets halten sich strikte an die Weisungen des Reichsverkehrsministers Groener. Ueberall da, wo die Franzosen einen Kohlenwagen oder Kohlenzüge beschlagnahmen, wird sofort die Weiterleitung dieser Güter verweigert. Verschiedene Gleise auf den Rangierbahnhöfen können nicht mehr für durchlaufende Wagen benutzt werden; da aber auf den rheinisch-westfälischen Rangierbahnhöfen hunderte von Gleisen auf jedem Bahnhof zur Verfügung stehen, kann einwweilen um solche überflüssige Gleise herumgefahren werden. Jede weitere Beschlagnahme oder Erschwerung des Eisenbahnbetriebes, Man erwartet, falls die Beschlagnahme weitergeht, daß spätestens Ende nächster Woche der Eisenbahngüterverkehr so zerrüttet ist, daß er zum Stillstand kommt.

**Die Direktoren der Thysenswerke an Fritz Thyssen.**  
**Essen, 22. Jan.** Sämtliche Direktoren der Thysenswerke haben dem verhafteten Fritz Thyssen folgendes Telegramm geschickt: „Herrn Fritz Thyssen, französisches Militärgefängnis Düsseldorf! Wir bitten Sie, davon überzeugt zu sein, daß jeder einzelne der hier zurzeit versammelten Direktoren der Thysenswerke sich seiner Pflicht als Deutscher bewußt ist und getreu nach Ihrem Vorbild handeln wird.“

**Der Reichskanzler dankt den deutschen Märtyrern.**  
**Essen, 22. Jan.** Reichskanzler Dr. Cuno hat an Herrn Fritz Thyssen in Mülheim-Ruhr folgendes Telegramm geschickt: „Im Namen der Reichsregierung danke ich Ihnen für

die bewiesene Festigkeit und Pflichtigkeit. Aus der Fülle rechtsmündiger Verhaftungen greife ich die Ihre heraus und brülle mit diesem Gruß gleichzeitig allen anderen tapferen Männern die Hand, die zum Heil der Volksgemeinschaft gegen Gewalt und Veranbung ihre persönliche Freiheit einsetzten. Es ist unser Stolz und unsere Zuversicht, daß Arbeiternehmer und Beamte in gleicher Treue zu Reich und Nation stehen. Je brutaler die Gewalt, desto stärker unser Recht und unsere Hoffnung!“

(gez.) Dr. Cuno, Reichskanzler.  
Das Telegramm ist unmittelbar nach Eintreffen den Frauen der Verhafteten übermittelt worden.

**Volksgesicht gegen Würdelosigkeit.**  
**Essen, 21. Jan.** Zwei französische Soldaten wollten mit einem deutschen Mädchen ein Lichtspieltheater besuchen. Das Publikum war über die Würdelosigkeit des Frauenzimmers so empört, daß der Kino gestürzt wurde. Die Soldaten mußten sich in ein Privathaus flüchten, dem Frauenzimmer wurden die Haare abgeschritten. — Einem Arbeiter in Reitholz, der französische Karten zum Verkauf ausgestellt hatte, wurden die Fenster eingeschlagen.

**Verbot des Reichsverkehrsministeriums an die Schiffahrtsangehörigen.**  
**Berlin, 22. Jan.** Den Leitern, Angestellten und Arbeitern von Schiffahrts- und Umschlagunternehmungen ist es, den Bestimmungen des Reichslokalisationskommissars entsprechend, verboten, bei der Beförderung und Verladung von Kohlen für Frankreich und Belgien oder bei der Umladung von Kohlen, die für deutsche Empfänger bestimmt sind, nach Frankreich oder Belgien mitzuwirken, gleichgültig, ob die Beförderung dorthin direkt oder über andere Länder erfolgen soll.

**Eine deutsche Note wegen der französischen Gewaltmaßnahmen.**  
**Berlin, 20. Jan.** Der deutsche Geschäftsträger in Paris wurde beauftragt, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes hat zu Gewaltmaßnahmen der französischen und belgischen Befehlshaber geführt, die neue schwere Rechtsverletzungen darstellen. Nachdem die deutsche Regierung die Besetzung als Unrechtmäßig und Vertragsbruch gekennzeichnet hat, erübrigt es sich, die Rechtsminderheiten aller dieser Maßnahmen im einzelnen nachzuweisen. Einen Vorfall aus der Reihe der rechtsmündigen Akte muß die deutsche Regierung jedoch besonders hervorheben, weil er schwere Missetaten gegen Deutsche zur Folge gehabt hat und die Billigkeit des französisch-belgischen Vorgehens aufs deutlichste in die Erscheinung treten läßt.

Der in Rede stehende Vorfall hat sich nach den der deutschen Regierung bis jetzt zugegangenen Berichten folgendermaßen abgespielt: Am 15. Januar abends kam es in Bochum unter dem Eindruck der militärischen Besetzung der Stadt zu Kundgebungen, die darin bestanden, daß Ansammlungen von Einwohnern, patriotische Lieder singend, durch die Straßen zogen. Ein solcher Zug, der sich hauptsächlich aus Arbeitern und Angestellten zusammensetzte, kam in die Nähe des Eisenbahndirektionsgebäudes, wo französische Posten standen. Die Posten forderten die Arbeiter auf, das Singen einzustellen und schoben darauf in die Menge hinein. Ein junger Mann, der Sohn des Lokomotivführers Birde, wurde sofort getötet, mehrere andere Personen schwer verletzt. Es steht fest, daß die an dem Zuge teilnehmenden Personen nicht bewaffnet waren und daß sie die Posten weder angegriffen noch auch nur bedroht haben. Erst nach dem Vorfall wurde von dem französischen Kommandanten die Anordnung erlassen, die Ansammlungen auf der Straße unterlagte. Die deutsche Regierung erhebt gegen diesen Massengewaltakt auf deutschem Boden schärfsten Protest. Sie behält sich vor, für die dem Gewaltakt zum Opfer gefallenen Person für die Angehörigen volle Genugtuung zu fordern.

**Deutscher Einspruch in Paris.**  
**Berlin, 22. Jan.** Saldomäßig wird gemeldet: Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, bei der französischen Regierung wegen der in den letzten Tagen von den französischen Besatzungsbehörden rechtsmündig vorgenommenen Verhaftungen deutscher Beamten und Jochendirektoren Protest einzulegen, die sofortige Freilassung der Verhafteten zu fordern und zu erklären, daß die deutsche Regierung sich sämtliche Ansprüche wegen Genugtuung vorbehält.

**Ausland.**  
**Basel, 21. Jan.** Der Arbeitsnachweis Basel hat den in Deutschland wohnenden und in der Schweiz beschäftigten Arbeitern eine schriftliche Anzeige zugaben lassen, wonach jeder der dort Arbeitenden während der nächsten drei Monate 15 Franken von seinem Verdienst an die Stadtkasse Vorrück abzuführen hat. Von der Bezahlung dieser Summe ist die Verlängerung des Arbeitspasses abhängig gemacht worden.

**Paris, 22. Jan.** Wie die hiesigen Abendblätter melden, hat General Dégoutte sein Hauptquartier von Düsseldorf nach Essen verlegt.

Goldmark, auf  
Millionen Goldmark  
oben, der Welt in  
dingungen wech  
geben, den es ja  
überreife, so we  
Gewißheit hat  
Recht besitze. Man  
Man sehr den  
Deutschland sich  
der Charakter de  
n. Die Millie  
schärflich autono  
s. schaffen.  
n Staats durch  
„striele“ schre  
er entwickeln, den  
s zur Ersetzung  
durch den framp  
ischen (1) W  
des besetzen  
hr verantwortl  
n gezwungen  
folgen. Wenn ma  
wolle, müsse  
höheren Bewe  
und Gesetz  
mehr fleße, z  
schuldigen.  
ung.  
urden folgend  
r 1 R.W.G.  
alen sind eben  
orden.  
rapiden Gel  
für Janua  
es Dezembe  
beim nächst  
D. Jan. 192  
ktrizitätswe  
(G.C.L.)  
heimer  
heimer  
1923.  
äfftshaus  
aufen gesu  
ausbesitzer in  
en Mietberecht  
endenstadt.  
Bestelle hiermit  
Enztäler“  
für den  
at Februar  
e, den Bezugs  
en Beifsträger  
eben zu lassen.  
Name  
Bismarck





me und verfahren... nicht entbehren... zu stellen... 3 Jahre... tätig, war es... lösen und eine... 12... den Bezirk... ratsmitglieder... eine Wieder... wurden folg... Julius Baum... Hans Widma... aufen, Paul W... Zoll-Engelb... Faul-Heldern... sische Anträge... nach beinahe... erten des Dan... r und die gew... aufopfernde Tät...

preise ab 1. Februar). Seit 1. Januar erfolgt die Berechnung der Eisenbahnfahrtpreise bekanntlich nach einem neuen Verfahren, dem die Kilometerzahl zu Grunde gelegt ist. Die hierbei festgesetzte Mindestentfernung wurde mit 11 Kilometer festgesetzt, d. h. alle Stationen mit einer Entfernung von 1—11 Kilometer fallen unter einen Einheitspreis, der, entsprechend der Kilometerberechnung mit 4 Mk. somit 40 Mk. betrug. Ab 1. Februar tritt hier eine Verbesserung ein, als die Mindestentfernung auf 9 Kilometer herabgesetzt wird und damit eine Verbilligung erfolgt, die fast ausschließlich dem Nahverkehr zu gute kommt.

**Stuttgart, 22. Januar.** (Protest der Südwestdeutschen Metallarbeiter). Die Metallarbeiterschaft Südwestdeutschlands hat am Sonntag im Gewerkschaftshaus in einer stark besuchten Versammlung der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Betriebsräte der Metallindustrie Württemberg, Badens und der Pfalz scharfen Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebiets erhoben. Es nahmen neben 128 Delegierten 55 Vertreter teil, die zusammen rund 200 000 organisierte Metallarbeiter vertraten. Mit allen gegen 10 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammelten den durch die Besetzung des Ruhrgebiets betroffenen Berufscollegen, sowie der gesamten Arbeiterschaft ihre warmste Teilnahme aussprechen und die Besetzung als eine nichtwürdige und gemeine Verletzung des an sich unerschütterlichen Versailler Vertrags durch die französische Regierung und der hinter ihr stehenden Kapitalisten erklären.

### Baden.

**Rannheim, 21. Jan.** Als am Donnerstag nachmittags 3 Uhr ein Blühbote von einer Stoffgroßhandlung 1593 Meter Vercalstoff in 5 Ballen auf einem Handwagen noch einer Wäschefabrik bringen sollte, wurde er unterwegs von einem Unbekannten mit der Bemerkung angerufen; er habe die Rechnung vergessen. Der Bote wollte zurückfahren, der Unbekannte aber erbot sich, bei dem Handwagen bis zur Rückkehr des Boten zu warten. Der Bote nahm dieses Angebot an, mußte aber bei seiner Rückkehr die Entdeckung machen, daß der Unbekannte mit dem Wagen und dem Stoff verschwunden war. Dieser hat einen Wert von über 2 Millionen Mark. Für die Wiederbeibringung ist eine Belohnung von 200 000 Mark ausgesetzt.

**Konstanz, 19. Jan.** Trotz der harten Strafen blüht der Schmuggel im Bodenseegebiet weiter. Ein Schiffmeister von Allensbach versuchte 80 Pfund Korpsen nach Ermalingen zu bringen, um die Fische in Schweizerkanalen umzuwandeln. — Ein 21-jähriger Student aus dem Tessin wollte zwei Photographenapparate im Werte von 1 Million Mark nach seiner Heimat nehmen. Er wurde aber bei dem Schmuggel erwischt. Die Apparate wurden ihm abgenommen, außerdem erhielt er noch 3 1/2 Millionen Mark Geldstrafe. — Ein Student der in einem Bergwerk gearbeitet und 30 000 Mark erspart hatte, wollte dieses Geld in sicheren Händen in Schaffhausen anlegen. Ehe er aber die Grenze überschritt, fiel er der Grenzbehörde in die Hände und mußte 200 000 Mark Strafe zahlen.

### Vermischtes.

**Orreingefallen.** In dem Orte Bayern bei Bad Wildungen hielt ein Mann das tödliche Schicksal. Als der Fischbesitzer 540 Mark Gehältern verlangte, gab es eine erregte Auseinandersetzung. Der Beamte blieb ruhig und beharrte trocken: „Ja, wenn Sie mich in Silber bezahlen, dann tue ich es noch unter Freimarkpreis. Damals kostete wohl der Spatz zwei Mark...“ „D“, erwiderte der Schlachthälter, „wenns weiter nichts ist...?“ Dann ließ er in des Deuts, sollte flugs ein Zwirnarmband, drückte es dem Fischbesitzer in die Hand und hochbefriedigt ging man auseinander. Erst ein paar Stunden später machte der Mann, der mit Silber bezahlt hatte, ein langes Gesicht, als er hörte, daß der Beamte für die silbernen zwei Mark sofort 1600 Mark geholt worden waren.

**Fehlbetrag.** Die Leipziger Ortskrankenkasse, eine der größten Deutschlands, hat das Jahr 1922 mit 60 Millionen Mark Fehlbetrag abgeschlossen.

**Antrag auf kostenlose Totenbestattung.** Aus Leipzig wird gemeldet: Der sächsische Regierung liegt die Einführung der kostenlosen Totenbestattung für ganz Sachsen als Gegenentwurf vor. Es soll die kostenlose Totenbestattung für alle sächsischen Gemeinden angeordnet werden. Bei rund 70 000 Sterbefällen und einem Durchschnittsbetrag von 100 000 Mark für eine Bestattung würde die kostenlose Totenbestattung den Betrag von 7 Milliarden Mark erfordern.

### Handel und Verkehr.

**Stuttgart, 22. Januar.** (Landesproduktionsbörse). In der abgelaufenen Woche sind infolge der Vorgänge an der Ruhr die Devisen um mehr als das Doppelte gestiegen. Deshalb herrschte auf dem Getreidemarkt ein wilde Erregung. Die Preise erfuhren gewaltige Steigerungen. Der Umsatz war nicht groß, weil Käufer wie Verkäufer in Anbetracht der unsicheren Zeit sich große Zurückhaltung auferlegten. Es notierten je 100 Kilo für gesunde trockene Ware ab württ. Station: neuer württ. Weizen 80 000—89 000 Mk. vom 15. Januar 44 000—48 000 (Mark), neue Sommergerste 32 000—64 000 Mk. (28 000—32 000 Mk.), württ. Roggen 76 000—85 000 (40 000—43 000) Mk., Hafer 35 000—50 000 (24 000—30 000) Mk., Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 125 000—140 000 (70—77 000) Mk., Brotmehl mit Zusatz von Auslandsgetreide 110—125 000 (85—70 000) Mk., Reis 33—35 000 Mk. (18—19 000) Mk., Getre 26—28 000 (18—20 000) Mk., drahtgepreßtes Stroh 24—26 000 (16—18 000) Mk.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 22. Jan.** Das Staatsministerium hat durch Verordnung vom 20. Januar 1923 bestimmt, daß das Beamtenpolizeigesetz vom 21. Dezember 1922 mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an in Kraft zu treten habe.

**München, 22. Jan.** Am Sonnabend ereignete sich in der Kasematte der ehemaligen Festung Ingolstadt ein schweres Explosionsunglück. 11 Personen (9 Frauen und 2 Männer) wurden getötet. Die Explosion entstand bei Zerlegung von Leuchtpatronen, die zur Veranstellung von Feuerwerk dienen sollten und bereits in den Zerlegungsprozess übergegangen waren. Die Feuerwehre drang mit Rauchschutzhelmen in den Raum ein, fand aber bereits alle 11 tot. Der Unternehmer, der es unterlassen hatte, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wurde wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet.

**Köln, 23. Jan.** Die Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörde in der von den Engländern besetzten Zone haben den englischen Befehlshaber veranlaßt, wie die „Köln. Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, den Standpunkt einzunehmen, daß zunächst keine weiteren Ausweisungen oder Verhaftungen führender deutscher Beamten in der englischen Zone vorgenommen werden, bis er neue Anweisungen von seiner Regierung erhalte. Die Rücksicht auf die ihm unterstellten Truppen habe ihn zu dieser Haltung veranlaßt.

**Mainz, 22. Jan.** Als Tag der kriegsgerichtlichen Verhandlung gegen die von den Franzosen festgenommenen Industriellen des Ruhrgebiets ist nunmehr der kommende Mittwoch bestimmt worden. Die Verhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags. Wegen die Herren Dr. Schlutius und Reiffen ist der Verhandlungstermin noch nicht angesetzt, da die Akten noch nicht eingetroffen sind.

**Kassel, 22. Jan.** Einem heute vormittag 10 1/2 Uhr eingetroffenen Situationsbericht aus dem Ruhrrevier ist zu entnehmen, daß einige Gruben von Thyssen, Stinnes und dem Steinlohlenbergwerk in den Streik getreten sind wegen der Verhaftung der Direktoren. Eine Abordnung ist nach Mainz unterwegs, um ihre Freilassung zu fordern, andernfalls der Generalstreik wahrscheinlich sei, der dann übermorgen eintreten würde. Es sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen.

**Langendreer, 22. Jan.** Wegen des Vorfalls in Langendreer, wobei der Kranenträger Kowalski erschossen worden ist, ist das dortliegende Regiment abberufen und nach Ratingen verlegt worden.

**Dortmund, 22. Jan.** Alle Beamten der drei hiesigen Eisenbahnbetriebsverwaltungen, der drei Maschinenämter und des Eisenbahnverkehrsamts legten heute Vormittag infolge der Besetzung der verschiedenen Dienststränge durch die Franzosen ihre Arbeit nieder. Der Polizeipräsident richtete an den Kommandeur der 13. Infanteriedivision einen Bericht, worin es heißt, daß durch Befehle, wie die betreffend durch Gruppensicht und das Anlegen von Armbinden, das Ansehen der Polizei in den Augen der Zivilbevölkerung erheblich gemindert und in den wenigen Tagen vollständig zerstört sein werde. Er ersuche dringend, diese Maßnahmen rückgängig zu machen.

**Essen, 22. Jan.** Die Wasserstraßenbehörden haben die Dienstausweisung erhalten, weder zu schließen noch zu schleppen.

**Essen, 22. Januar.** Auf der Feste „Friedrich Thyssen“ streift die gesamte Belegschaft und auf der Thyssen-Feste „Rönsberg“ ein Teil der Belegschaft. Auf den Feste „Victoria“, „Katharina“, deren Leiter gleichfalls verhaftet wurden, sind die Morgenmächten nicht eingefahren. Auch die Beamten des Hauptbüros des Essener Steinlohlenbergwerks haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

**Essen, 22. Januar.** Eine Konferenz der Rheinmischmaschinen, die am Sonntag in Salzig stattfand, hat, dem „Vorwärts“ zufolge, einstimmig beschlossen, der fremden Waffengewalt Gewerkschaftsmacht entgegenzusetzen, und die Kohlen-schiffahrt auf dem Rhein sofort stillzulegen. Der Hauptvorstand des Verbandes der Maschinen- und Heizer ist diesem Beschluß vollinhaltlich beigetreten und gewillt, die gesamte Organisationsmacht hinter diesen Kampf zu stellen. Die Rheinmischmaschinen lehnen es ab, unter den Bajonetten der fremden Mächte Dienst zu verrichten.

**Essen, 23. Jan.** Die französischen Truppen haben die Kabellektion des hiesigen Telegraphenamtes erreicht und sind mit der Herstellung eigener Leitungen beschäftigt. Auch am Klinschenschalter werden dauernd Umschaltungen vorgenommen, wodurch der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr schwere Störungen erleidet. Die Ausbesserung der Schäden ist überhaupt nicht möglich, da den deutschen Beamten der Zutritt verweigert wird.

**Essen, 23. Jan.** Den Weisungen des Reichspostministers entsprechend, weigern sich sämtliche Telephonverbindungsstellen des Ruhrgebiets, die Verbindungen, die von der französischen Besatzungsbehörde verlangt werden, herzustellen.

**Aachen, 22. Januar.** Heute Mittag sind der Leiter des Finanzamts Aachen, Oberregierungsrat Sembach und sein Stellvertreter Regierungsrat Dr. Besten, von einer aus 3 Offizieren und 5—7 Gendarmen bestehenden Abordnung der Besatzungsbehörde verhaftet worden, weil sie dieser gegenüber erklärt hatten, sie würden der belgischen Regierung keinen Vorschub leisten und nur den Anordnungen der deutschen Behörde folgen. Daraufhin haben sämtliche Beamten und Angestellte des Finanzamts ihre Tätigkeit eingestellt.

**Göteborg, 22. Jan.** Gestern nachmittag fuhr auf der Rodelbahn in Landeskrona ein mit 3 Personen besetzter Rodelschlitten so heftig gegen einen Mann, daß dem Führer, einem Wirtschaftsbeamten, der Kopf zertrümmert wurde. Er war auf der Stelle tot. Während 2 junge Mädchen in sehr verletztem Zustand dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

**Leipzig, 22. Jan.** Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das von der Hamburger Polizeibehörde erlassene Verbot „Adler und Falken“ aufgehoben. Aufgehoben wurden ferner auf eine Beschwerde des Jungdeutschen Ordens eine Anzahl der von den Landesbehörden erlassenen und den Orden betreffenden Verbote und Verfügungen. Die Beschwerde des Bundes der Aufrechten gegen das von dem Regierungspräsidenten in Merseburg erlassene Verbot ist verworfen worden.

### Französische Raubpolizei.

**Ludwigshafen, 22. Jan.** Heute vormittag wurde ein Mi-

arbeiter der Bobbischen Anilin- und Sodafabrik, der Gelder zur Lohnzahlung in der hiesigen Reichsbanknebenstelle erhoben hatte, von der französischen Besatzungsbehörde angehalten und mit dem Geld zur Kontrollstelle gebracht. Schon in der vorigen Woche war der gleiche Vorgang zu verzeichnen. Das Geld wurde aber wieder freigegeben. Ueber die Freigabe des beschlagnahmten Geldes wird gerade zwischen dem hiesigen Reichsbanknebenstelle und den Franzosen verhandelt. Der hiesigen Reichsbanknebenstelle ist der Befehl erteilt worden, kein Geld mehr an die Reichsbanknebenstellen in der Pfalz abzugeben. Das Gebäude der Bank von Gebrüder Röhling, das in der Nähe der Rheinbrücke liegt, wurde für ein Jökamt der französischen Rhein-sollverwaltung beschlagnahmt. Der Betrieb mußte nach Mannheim verlegt werden. Es erhebt aus diesem Vorgehen der Franzosen die Absicht, eine Zollgrenze am Rhein zu errichten.

**Mannheim, 22. Jan.** In der Beschlagnahme von Lohn-geldern der Bobbischen Anilin- und Sodafabrik wird mitgeteilt, daß es sich um 100 Millionen Mark handelt. Die Verhandlungen der Direktion mit den Franzosen haben zu keinem Ergebnis geführt. Von der französischen Kommandantur in Ludwigshafen wurde der Direktion erklärt, daß 3 neue Vorschriften der alliierten Rheinlandkommission erlassen seien und daß erst geprüft werden müsse, ob die Beschlagnahme mit diesen Vorschriften in Uebereinstimmung stehe oder nicht.

### Französische Rücksichtslosigkeit.

**Mainz, 23. Jan.** Die Abordnung der Arbeiter und Angehörigen der Thyssenschen Werke, der Essener Steinlohlenbergwerke K.S. und des Essener Bergwerksbetriebs König Wilhelm, die etwas mehr als 96 000 Arbeiter und Angestellte vertritt, war gestern in Mainz, um beim General Degoutte gegen die Verhaftung ihrer Betriebsleiter und Direktoren zu protestieren und deren sofortige Freilassung zu verlangen. Da General Degoutte abwesend war, wurde die Abordnung von dem Generalstabschef, Generalmajor Senaire, empfangen und überreichte diesem eine Protesterklärung. Der Generalstabschef erklärte der Abordnung, daß sich General Degoutte in Düsseldorf befinde und daher nicht für sie zu sprechen sei. Die Abordnung verlangte aber auf irgend eine Art und Weise mit dem General zu verhandeln, worauf sich der französische Vertreter mit dem General Degoutte in Düsseldorf in Verbindung setzte und der Abordnung nach einer kurzen Pause erwiderte, daß General Degoutte für sie nicht zu sprechen sei. Sie solle sich an die Ausführungen des Generals Simon halten. (Gem. meint ist die bereits gemeldete Erklärung, die General Simon der Abordnung der Thyssenswerke in Düsseldorf abgegeben hat.) Auf eine nochmalige Anfrage, ob es nicht möglich sei, den General Degoutte doch noch zu sprechen, erwiderte der Generalstabschef, General Degoutte habe seine Anweisungen getroffen; daran sei nichts mehr zu ändern.

### Ein blutiger Zwischenfall in Köln.

**Köln, 22. Jan.** Hier hat sich ein blutiger Zwischenfall zwischen einem deutschen Juristen und einem französischen Offizier zugetragen. Ein Deutscher, der mit seiner Braut den Domplatz passierte, geriet mit einem französischen Offizier, der seine Braut belästigt haben soll, in einen Streit. Während des Wortwechsels zog der Franzose plötzlich seinen Revolver und schoß, traf aber weder den Herrn noch seine Braut, sondern ein unbeteiligtes Mädchen, das eine Verletzung am Bein erlitt. Dem Offizier gelang es, sich über die Hohenzollernbrücke in Sicherheit zu bringen.

### Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet.

**Mainz, 22. Jan.** Der Vorstand des hiesigen Dampfheueramts, Oberregierungsrat Dr. Alfred Offenböcher, ist am Samstagabend durch die Besatzungsbehörde festgenommen und seiner Familie mitgeteilt worden, daß die Wohnung innerhalb vier Tagen zu räumen sei. — Der Landrat von Jell an der Mosel, Dr. von Stein, ist mit seiner Familie aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Stein ist Rheinländer. — Ausgewiesen wurden ferner der Präsident des Landesfinanzamts Köln, von Langenauer, und der Oberförster Schmidt-Händer in Mors.

**Mainz, 22. Jan.** Die weiter gemeldet wird, sind auch die beiden Oberinspektoren Bissner und Horn von der Besatzungsbehörde festgenommen worden.

### Lebensmittelsammlungen für das Ruhrgebiet.

**Berlin, 22. Jan.** In Verfolg ihres am Freitag gefassten Beschlusses berieten am Samstag die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Maßnahmen über die Aufbringung der Lebensmittel zur Linderung der Ernährungs-schwierigkeiten im Ruhrgebiet und über ihre Zuleitung in die gefährdeten Gebiete. Die Vorstehenden der Landwirtschaftskammern werden ersucht, in ihren Bezirken unter Zuziehung von Vertretern der in ihren Bezirken bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, die für das Unterstützungswort nötigen Maßnahmen durchzuführen und die Errichtung von Sammelstellen zu organisieren. In den einzelnen Sammelstellen sollen die Lebensmittel zu einem unter dem Marktpreis liegenden Preise abgegeben werden. Soweit ihre Abgabe nicht unentgeltlich erfolgt, wurde angeraten, den Preis auf etwa 15 v. H. unter dem örtlichen Marktpreis zu bemessen.

### Ein Freiheitsopfer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

**Berlin, 22. Jan.** In dem Abwehrkampf gegen die Gewalttat der Franzosen und zur Unterstützung der durch den Einbruch wirtschaftlich geschädigten Mitglieder hat der über 650 000 Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund der Angestellten einstimmig beschlossen, seinen Mitgliedern ein Freiheitsopfer im Mindestbetrag von 400 und 200 Mark aufzutragen. Darnach werden freiwillige Spenden angenommen, die bereits in Höhe von einer Million Mark eingegangen sind.

### Waffen des deutschen Widerstands im Ruhrgebiet.

**Berlin, 23. Jan.** Die Blätter melden übereinstimmend aus Essen, daß der Widerstand der gesamten Bevölkerung des Ruhrgebiets gegen die französischen Eindringlinge von Stunde zu Stunde wächst. Laut „Vorwärts“ arbeitet nicht eine der Feste, deren Leiter in Haft sind. Die nach Mainz verschleppten deutschen Festendirektoren befinden sich in Einzelhaft. Jeder Verkehr mit ihnen ist unmöglich. Die Ber-lehrslage im neubefesteten Gebiet treibt mit großer Gewandigkeit einer Krise zu.



**Romaines Antwort auf die deutsche Beschwerde.**

Berlin, 23. Jan. Auf den Protest, der seitens der Reichsregierung bei der französischen Regierung wegen der Tötung des Sohnes eines Lokomotivführers in Bochum erhoben wurde, antwortete Romaine dem deutschen Geschäftsträger in Paris: „Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 20. Januar zu bestätigen, das sich auf den Zwischenfall in Bochum vom 15. Januar bezog. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen in Erinnerung zu bringen, daß entsprechend den allgemein anerkannten Regeln jede Handlung, welche die Sicherheit der auf dem rechten Rheinufer die internationalen Ingenieurkommission begleitenden Truppen gefährdet oder jeder Versuch einer solchen Gefährdung nachsichtlos unterdrückt wird.“

(Anmerkung des R.A.B.: Das ist alles, was die französische Regierung auf den deutschen Protest gegen die sogenannte Gewalttat zu erwidern weiß. Es wird nicht einmal versucht, das Vorgehen der französischen Soldaten, die händlings mit Maschinengewehren in eine Menschenansammlung hineingefeuert haben, zu rechtfertigen. Das ist allerdings verständlich, denn die französische Regierung hätte zum Nachweis der angeblichen Gefährdung ihrer Truppen nichts anderes anführen können als die Tatsache, daß von der Ansammlung patriotische Lieder gesungen wurden.)

**Das vertragsbrüchige Frankreich als Schützer des Verfallenen Postes.**

Paris, 22. Jan. Das veröffentlicht folgende Meldung: „Die Zeitungen haben gestern angekündigt, daß die Richter und Staatsvertreter bei den gemischten Schiedsgerichten auf Befehl der deutschen Regierung sich gewigert haben, fernere an den Arbeiten der Schiedsgerichte teilzunehmen. Die französische Regierung hat in einer Note an den deutschen Geschäftsträger eine formelle Verletzung am Friedensvertrag festgestellt und erklärt, daß Deutschland für jeden Schaden verantwortlich gemacht werde, der den Franzosen durch die im Verfahren des Schiedsgerichts herbeigeführten Verzögerungen entstehen könnte. Die französische Regierung hat sofort alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Tätigkeit der gemischten Schiedsgerichte sicherzustellen. Der Verfallene Friedensvertrag hat nach dieser Richtung alle notwendigen Vorkehrungen getroffen.“ Da der Friedensvertrag durch Frankreich und Belgien gebrochen wurde, steht keiner dieser Regie-

rungen das Recht zu, eine deutsche Verletzung gegen diesen einseitig zerrissenen Pakt festzustellen.

In einer Unterredung mit dem General Denyovics erklärte gestern der Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Wehner, amerikanische Kaufleute hätten ihm mitgeteilt, sie müßten ihre gesamten Lieferungen ins Ruhrgebiet abbrechen wegen der Gefahr, daß die eingeführten Waren von dem französischen Militär beschlagnahmt würden. Bei einem Versagen der Transportmittel schwinde übrigens jede Verteilungsmöglichkeit.

**Ein Aufruf der Gewerkschaften.**

Berlin, 22. Jan. Die unterzeichneten Gewerkschaften richteten an die deutschen Brüder im Ruhrgebiet folgenden Aufruf: „Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten. Wir billigen ausdrücklich noch die von den Bergarbeiterverbänden ausgehenden Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französischen und belgischen Soldaten von den Arbeitsplätzen, ferner auf Freigabe der völlerrechtswidrig verhafteten Werkleiter und Beamten. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden färenden Eingriff der feindlichen Militärmächte in das deutsche Wirtschaftsleben. Im Namen der Angestellten und Beamten im ganzen Reich rufen wir mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefährdeten Kampf nachhaltige Unterstützung zu.“

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände.  
Deutscher Beamtenbund.

**Innerwärtiger Erfolg der französischen Gewaltpolitik.**

Berlin, 22. Jan. Nach einer Erklärung des Reichskohlenkommissars waren, laut „Berliner Tageblatt“, die Zufuhren von Kohlen ins unbesetzte Gebiet am Samstag und Sonntag stärker als je im Dezember und Januar d. h. Die Einstellung der Reparationslieferungen an Frankreich und Bel-

gien hat also in dieser Beziehung sehr günstige Wirkungen gehabt.

**Die französischen Bedingungen.**

Nach dem „Temps“ sollen die französischen Bedingungen folgende sein: Für die Jahre 1923 und 1924 soll Deutschland 2,5 Milliarden Goldmark zahlen. Die Industrie muß die Summe, sowie eine halbe Milliarde Goldmark zur Stabilisierung der deutschen Währung beschaffen. Hierfür erhält sie von der deutschen Regierung Rententitel. Um die finanzielle Sicherung Deutschlands sicherzustellen, seien eine Anzahl Maßnahmen vorzusehen. Die augenblicklichen Schulden sollen durch Staatsrenten erlegt werden. 25 Proz. vom deutschen Reichtum sollten abgegeben werden. Auch Staatsmonopole sollten geschaffen werden, die ebenso wie andere Staatsbetriebe verpachtet werden sollten, so beispielsweise die Staatswerke, die Staatswälder und Staatsminen. Die Konzeptionäre sollten eine gewisse Summe abliefern. Eine scharfe Kontrolle über die Einnahmen und die Ausgaben des Reichs werde durchgeführt werden und dieses System werde durch das bekannte Pfänderprogramm vervollkommen.

**Eine neue französische Fälschung.**

Paris, 20. Jan. „Journal“ eröffnet heute einige Stellen aus der gefälschten Rede des englischen Unterhändlers Lord Robert Cecil. Das Blatt erfindet frei; es ist ein Wortlaut, den es offenbar gerne gelesen hätte, der aber in Wirklichkeit nicht besteht. Lord Robert Cecil erklärte in gegen Frankreichs Gewalttat und empfahl das Schiedsgericht des Völkerbundes. „Journal“ läßt Cecil seinen „Beleg“ aussprechen und Deutschland warnen!

**Der englische Arbeiterführer Macdonald gegen die Ruhrbesetzung.**

In einer Rede anlässlich der großen Aktion der unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow verlangte Ramsay Macdonald, daß die Frage der Rechtmäßigkeit des Eindringens in das Ruhrgebiet an das Schiedsgericht des Völkerbundes zu Saag verwiesen werde. Ferner forderte Macdonald die Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen, insofern der Anwesenheit die gegenwärtigen politischen und militärischen Ziele der französischen Regierung unterläge. Schließlich sah Macdonald eine Gegenpolitik wirtschaftlichen Uebereinkommens zwischen Großbritannien und Deutschland vor. — „Daily Express“ zitiert aus der Rede Macdonalds die Worte: „Wir können nicht bestreitet stehen und zusehen, wie die deutschen Quellen durch die französische Aktion verborgen werden.“

### Zucker-Versorgung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 13. November 1922 betr. die Regelung des Verkehrs mit Zucker (Einzähler Nr. 267) werden die Zuckerwerksberechtigten aufgefordert, sich für die kommenden vier Monate Februar bis Mai 1923 aufs Neue bei einem Kleinbändler ihrer Gemeinde zwecks Versorgung einzuschreiben zu lassen. Zu diesem Zweck ist der zweite Bestellabschnitt der Zuckerkarten mit den Marken 5 bis 8 binnen der Frist von einer Woche dem Kleinbändler, bei dem der Zuckerbedarf gedeckt werden will, zu übergeben. Letzterer behält den Bestellabschnitt und gibt die Zuckermarken dem Versorgungsberechtigten zurück, nachdem er den Empfang des Bestellabschnitts durch Stempelabdruck oder sonstige bescheinigt hat. Dieses Verfahren ist auch dann einzuhalten, wenn ein Wechsel des Kleinbändlers nicht beabsichtigt ist. Verspätet zur Abgabe kommende Bestellabschnitte werden nicht mehr berücksichtigt. Die Kleinbändler haben die Bestellabschnitte zu je 100 Stück gebündelt an die Gemeindebehörde abzuliefern, welche ihnen die vorgeschriebenen Bescheinigungen über ihr Zuckerbezugsrecht erteilt. Der Kleinbändler hat diese Bescheinigung alsbald seinem Zuckergroßhändler zu übergeben und als solche sind für den hiesigen Bezirk zugelassen:

Firma Wsanfuch & Co. in Neuenbürg.  
Firma Carl Bürgensteins Nachf. in Neuenbürg.  
Konsum-Verein Neuenbürg.  
Neuenbürg, den 23. Januar 1923.

Kommunalverband:  
Wagner.

### Gebäudebrandversicherung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an sind in der Gebäudebrandversicherung folgende Änderungen eingetreten:

1. Im Brandfalle erhält der Gebäudeeigentümer das 200fache der nach Friedenspreisen festgesetzten Entschädigung.
2. Diejenigen Gebäudeeigentümer, die eine höhere als die gesetzliche Deckung (Ziffer 1) wünschen, können sich diese durch die Feuerungsversicherung verschaffen. Sie besteht in einem Vielfachen der Grundversicherung, das z. B. regelmäßig auf 30000 Prozent (300fache) für Hochbau und 40000 Proz. (400fache) für Zubehörende festgesetzt ist. Die Feuerungsversicherung darf jedoch nicht unter das 10fache der Grundversicherung heruntergehen. Bestehende Feuerungsversicherung unter dem 10fachen Betrag der Grundversicherung werden auf das 10fache erhöht, wenn der Gebäudeeigentümer nicht bis spätestens 31. Januar d. J. abmeldet. Anmeldung und Abmeldungen zur Feuerungsversicherung werden jederzeit auf dem Rathaus (Zimmer 3) entgegen genommen.

Bezüglich der selbsttätigen Feuerungsversicherung, des Epigenversicherungs und der zu leistenden Beiträge wird auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung hingewiesen.

Stenografische Schreiberei.

### Visitenkarten

liefert rasch und billig  
die C. Meeh'sche Buchdruckerei.

### Gemeinde Feldrennach. Holzverkauf.

Aus Abt. 10, 11, 12 kommen auf dem Rathaus am Freitag, den 26. ds. Mts., abends 5 Uhr,  
129 Stück Tannen-, Fichten- und Föhrenstämme 1.-4. Klasse mit 153 Fm., 52 Eichenstämme 4.-6 Fm. mit 19 Fm. und 10 Baumstangen 1. und 2. Klasse.

### Langholzversteigerung.

Die Gemeinde Ittersbach (Amt Pforzheim) versteigert am Samstag, den 27. Januar, aus ihrem Gemeinewald nachfolgende Holz:

114 Fichtenstämme	I.-VI. Klasse,
13 Fichtenabschnitte	I.-III. "
20 Föhren	I.-III. "
1 Lerche	V. "
38 Eichen	III.-VI. "

Liebhaber hierzu werden eingeladen. Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.  
Ittersbach, den 22. Januar 1923.  
Der Gemeinderat:  
Kappler, Bürgermeister.  
Rathschreiber:  
Julius Huber.

### Polier-Lumpen

für Polierseifen (weiß) werden angekauft, auch kleinstes Quantum.  
Fritale Scholl A.-G., Neuenbürg.  
Birkenfeld.  
Legehühner!  
1,3 reifbar, Wyandottes, sowie eine schwarze  
Biege  
verkauft  
Becker, Gärtner, b. d. „Sonne“.

### Alleinmädchen.

Suche für meinen kleinen Haushalt (3 Personen) auf 1. Februar fleißiges, eheliches  
Frau Louis Wilsch jun., Klefern bei Pforzheim, Landhaus am Berg.

### Der Lumpenkönig aus Stuttgart

kauft heute und morgen vor dem Gasth. z. „Ochsen“, sämtliche Lumpen, Altpapiere, Alteisen u. Altmetalle, sowie Knochen  
zu den höchsten Tagespreisen auf. Jedes Kind erhält ein Weichen gratis.  
Birkenfeld.  
Stärke, 5 Wochen alte  
Mildlöweine  
(gute Rasse) sind zu verkaufen  
Rückweg Nr. 9. (Laden).

### Kath. Kirchenbau-Verein Neuenbürg (G. V.)

Mittwoch, den 24. Januar 1923, abends 8 Uhr im „Holzappel“  
General-Versammlung.  
Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht des Kassiers, 2) Neuwahl des Kassiers, 3) Verschiedenes.  
Der Vorstand.

### Obst- und Gartenbau-Verein Ortsgruppe Neuenbürg.

Unsere Mitglieder werden gebeten, den Bedarf der Garten-Sämereien innerhalb 8 Tagen bei Ausschussmitglied Fritz Stepp anzumelden. Bestellzettel können dort sofort in Empfang genommen werden.  
Der Ausschuss.

### Wildbad. Fahrnis-Versteigerung.

Am nächsten Freitag, den 26. Januar, von mittags 10 Uhr ab, bringe ich sämtliche Fahrnis der verstorb. Frau Lina Schulmeister hier in ihrer Wohnung zur öffentlichen Versteigerung, worunter 3 vollständ. Betten, 3 Koffhaarmatratzen, 10 Nachtkissen, 2 Kleidergränze, 2 Kommoden, 1 Tisch, verschiedene Stühle, 1 Chaiselonge, 4 Paar Fenstervorhänge, 1 Küchenschrank, 1 Aufsatz, 1 größere Partie guterhaltener Bettwäsche, Küchengerät und allerlei Hausrat.  
Den 22. Januar 1923.  
Notar Schulmeister.

### Ständiges Inferieren führt zum Erfolg

### Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalder

22. Januar 1923.

Devisen: Amtl. Mittelfuß:	Industrie-Aktien:
Amerika 22200,-	Gasco 2800,-
Holland 8900,-	Kordb. Flug 1800,-
Schweiz 4150,-	Deutscher Bank 1900,-
England 104105,-	Disconto-Com.-Anteile 1000,-
Frankreich 1414	Klein. Creditbank-Akt. 600,-
Preuss. Staatspapiere:	Wirt. Vereinsbank-Akt. 300,-
5%, Dt. Reichsanleihe 98 1/2	Böblicher Anl.-Akt. 200,-
4%, " " 670,-	Böblicher Farbwerke-Akt. 1700,-
3%, " " 540,-	Böblicher Anl.-Akt. 4700,-
2%, " " 2500,-	Dt.-Kuzemb. Bergw.-Akt. 2000,-
Dt. Sparpremienanleihe ---	Darpenet Bergbau-Akt. 10000,-
4%, Wirt. Staatsanleihe 135,-	Berg-Rotoren-Akt. 1100,-
3 1/2%, " " v. 1875 ---	Postmer-Rotoren-Akt. 800,-
3 1/2%, " " v. 1875 96-100	Badenia-Waldschmidt-Akt. 600,-
3%, " " 210,-	Deibelberg, Urmenn-Akt. 1400,-
Stadtanleihen u. Pfandbriefe:	Wirt.-Rotweier 1700,-
4%, Stuttg. Stadtanl. 100,-	Ges. d. Bergbau-Akt. 800,-
3 1/2%, " " v. 1877-80 80,-	Salzwerke Peitzmann-Akt. 6000,-
3 1/2%, " " v. 1904 77,-	
4%, W. Hyp.-Pfdl. 200,-	
3 1/2%, " " 125,-	

Bezugpreis: ...  
Neuenbürg ...  
St. 24 bei der ...

Berlin, 23. Jan. Das ...  
München, 22. Jan. Des ...  
Kauf für eine ...

Düsseldorf, 23. Jan. ...  
Planmäßige ...

Offen, 22. Jan. Die ...  
Planmäßige ...

Neuenbürg, 22. Jan. ...  
Stellung des ...